Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 4

Artikel: Wie lange fahren die Grünen mit der SPD schlitten? : Der Klärungsprozess ist fällig

Autor: Scheer, Hermann

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340476

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

bisherigen Enttäuschungen und Turbulenzen auf Landesebene, wie in Hessen oder Hamburg, bleiben die Grünen die einzigen Bundesgenossen für die SPD. Das gilt jedenfalls für die «Realos». Auf der anderen Seite hat sich inzwischen ein fester Bürgerblock etabliert. CDU, CSU und FDP sind sich trotz grosser Differenzen in Einzelfragen darüber einig, dass nur ein geschlossener Bürgerblock ein unbeschränktes Profitstreben ermöglicht.

Programmatischer Rückstand

Oskar Lafontaine hat diese Situation ebenso erkannt, wie zuvor schon Willy Brandt, und Parteirechte wie Hermann Rappe, Boss der Industriegewerkschaft Chemie, müssen sich darüber im klaren sein, dass eine reine Gewerkschaftspartei mit etwa 30 Prozent der Wählerstimmen keine Chance besitzt, jemals die Regierungsgeschäfte mitzubestimmen. Oskar Lafontaine wies darauf hin, dass mit dem Abschwung der Konjunktur ein Stimmungsumschwung einsetzen wird. Konservative Rezepte werden daher auf grosse Skepsis stossen, obwohl auch Lafontaine zur marktwirtschaftlichen Ausrichtung keine Alternative sieht. Aber in Teilbereichen, bei technischen Innovationen oder umweltbeeinträchtigenden Herstellungsverfahren, ist der Staat gefordert, Rahmenrichtlinien zu schaffen.
Das gilt vor allem auf dem Energie- und im Montansektor, weil dort kein funktionierender Markt mehr existiert. Die SPD hat Profilierungschancen, da Liberale und Konservative einem quantitativen Wachstumsdenken verfallen sind und die Grünen Gefahr laufen, die industrielle Produktion mehr als nötig zu drosseln. Das Beispiel der Grünen, die eine beachtliche gesellschaftliche Schicht repräsentieren, zeigt: «Ein wachsender Teil der Dienstleistungsgesellschaft lehnt sich gegen die unbewältigten Negativfolgen des Industrialismus auf.» Lafontaine kommt zu einer Art von Konvergenztheorie der Parteipolitik: «Ist die SPD ein kritisches Kind der kapitalistischen Industriegesellschaft, so sind die Grünen ein kritisches Kind der Dienstleistungsgesellschaft. Die SPD konnte bisher den alternativen Protest nicht auffangen und kanalisieren, weil sie selbst noch zu sehr den politischen und gesellschaftlichen Denk-und Verhaltensmustern der herkömmlichen Industriegesellschaft verhaftet blieb und den neuen Entwicklungen nicht einmal programmatisch vorgegriffen hat.»

Als Reformpartei muss sich die SPD also vordringlich mit neuen Tendenzen auseinandersetzen, gemeinsame Antworten mit den Grünen scheinen unausweichlich, trotz mannigfaltiger psychologischer Barrieren, Lafontaine greift die These Erhard Epplers auf, der den Konservativen den Begriff konservativ streitig macht, wenn es um Lebensgrundlagen der Menschen geht. Gelingt es den Sozialdemokraten, diese Erkenntnisse der Öffentlichkeit plausibel zu machen, kann sie den Popularitätsverlust zumindest langfristig wettmachen und geht mit soliden Aussichten in die Ära Vogel, der sich ja keineswegs als Parteivorsitzender auf Abruf versteht. Ihm zur Seite steht Anke Fuchs als neue SPD-Bundesgeschäftsführerin. Die Tochter des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters Paul Nevermann zählt zur Parteimitte. Die Expertin für Sozialpolitik steht aber in der Sozial- und Wirtschaftspolitik nach eigenem Bekunden «ganz links». Mit imponierendem Schneid hat sie sich auf eigene Faust um den durch Peter Glotz frei werdenden Posten beworben und selbstbewusst durchblicken lassen, dass sie an operativen Führungsaufgaben teilhaben will. Ausserdem ist sie sich darüber im klaren, dass die Organisation der Partei aufgemöbelt werden muss, wenn die SPD gegenüber der DCU nicht ins Hintertreffen geraten will.

Wie lange fahren die Grünen mit der SPD schlitten?

Der Klärungsprozess ist fällig

Von Hermann Scheer, Bonn

Wird gegenwärtig von der SPD gesprochen, dann nicht von ihren programmatischen Schwerpunkten. Thema Nummer eins in der und über die SPD ist ihr Verhältnis zu den Grünen. Eine existentielle Zerreissprobe der SPD wird herbeigeredet. Die über ihr Verhältnis zu den Grünen heillos zerfledderte SPD – das ist es, was sich Union, FDP sowie Grüne selber wünschen; damit das SPD-Wählerpotential schliesslich Steinbruch zur Erhöhung des Wähleranteils der Konkurrenten wird.
Das Absurde an dieser Situation: Bei gründlicher Betrachtung dürfte es für die SPD keine Veranlassung geben, wegen des künftigen Verhältnisses zu den Grünen einen innerparteilichen Richtungsstreit aufzuzäumen. Dies gilt auch für die

nachträgliche Betrachtung des Bundestagswahlkampfes. Der zeigt nämlich, dass der Fehler der SPD nicht in einer Abgrenzung zu den Grünen lag. Zu jeder konkurrierenden Partei ist Abgrenzung notwendig. Der zentrale Fehler der SPD war, auf eine inhaltliche Begründung der Absage fast durchgängig zu verzichten.

Ein politischer Ansatz der SPD, der in der ganzen Bundesrepublik strittig diskutiert wird, muss begründet und vermittelt werden. Geschieht dies nicht, so führt das innerhalb und ausserhalb der SPD zu mangelnder Glaubwürdigkeit und breiter Verunsicherung.

Wird zudem die SPD von den Grünen angegriffen und reagiert kaum, so muss die Partei zwangsläufig in eine Defensivhaltung geraten. Die unverkennbare Scheu, sich mit den Grünen aktiv auseinanderzusetzen, fand nicht einmal bei diesen selber Gegenliebe.

Eine SPD aber, die sich als Punching-Ball benutzen lässt, kann kein überzeugendes Bild bieten. Trotz der grundlegenden Absage an eine Regierungszusammenarbeit mit den Grünen wurden diese in einer Weise geschont, wie das bei früheren Koalitionswahlkämpfen gegenüber der FDP der Fall war.

Dabei haben doch gerade die damaligen Koalitionswahlkämpfe gezeigt, dass es falsch ist, Profilierungsreibereien an der SPD – sogar die eines tatsächlichen Partners – unbeantwortet zu lassen. So wie sich die SPD seinerzeit von der FDP ihr Selbstbewusstsein beschädigen liess, gestattete sie das im Wahlkampf den Grünen.

Vor dem Wahlkampf gab es in der SPD zwei verschiedene Ansätze, wie das Verhältnis zu den Grünen zu markieren sei. Beide Ansätze wären im Ergebnis nicht so grundverschieden, wie es gegenwärtig den Anschein hat.

Der eine Ansatz bestand in der Absage von vornherein. Der zweite Ansatz sah so aus: Die SPD ist zu einer regierungspolitischen Zusammenarbeit bereit, wenn eine Reihe zentraler Bedingungen erfüllt werden und deren Einhaltung verbindlich zugesichert ist.

Es hätte sich um Bedingungen handeln müssen, ohne deren Erfüllung an eine konstruktive Regierungsarbeit nicht zu denken wäre: darunter der Verzicht auf die Einforderung einiger zentraler Beschlüsse Grüner Bundesparteitag wie NATO-Austritt, Akzeptieren des rechtsstaatlichen Gewaltmonopols, Bereitschaft zum Mittragen eines realistisch gekürzten Verteidigungshaushalts und Anerkennung eines gangbaren Reformkonzepts beim Ausstieg aus der Kernenergie statt eines maximalistischen Alles-oder-Nichts-Prinzips.

Für eine von vornherein festgelegte Absage sprach: Das noch vor Jahresfrist erreichbar scheinende Ziel einer SPD-Mehrheit konnte klarer verfolgt werden. Dagegen stand aber, dass die grossenteils nur taktisch gemeinten Koalitionsangebote von Grünen der neuen Partei bei manchen Wählern einen psychologischen Vorteil verschaffte; vor allem bei jenen, die sich eine Erneuerung der Politik durch die SPD mit Hilfe der Grünen erhofften.

Für den zweiten Ansatz sprach, dass die Auseinandersetzung in den Reihen der Öko-Partei geblieben wäre, also wo sie auch hingehört. Das Gegenargument: Die SPD wäre – trotz ihrer Bedingungen – für jedes Vorgehen der Grünen in öffentliche Mithaftung gezogen worden. Denn die Regierungsparteien, die bereits die Absage in Zweifel zogen, hätten auch die SPD-Bedingungen an Grüne zerreiben wollen.

Was der erste Ansatz wirklich wert war, wissen wir nicht, weil die klare und einsichtige Begründung im Wahlkampf versäumt wurde. Was der zweite hätte wert sein können, wissen wir auch nicht, weil er nicht versucht wurde; wäre er aber so ungenügend verfolgt worden wie der erste, wäre das Wahlergebnis mit hoher Wahrscheinlichkeit noch schlechter ausgefallen. Es gibt keine richtige Strategie, wenn die jeweils eingeschlagene nicht konsequent durchgeführt wird.

So wenig wie die beiden verschiedenen Methoden zur Bestimmung des Verhältnisses zu den Grünen eine Grundsatzkontroverse rechtfertigen, so wenig rechtfertigen dies die beiden wesentlichen Grundannahmen oder Wunschvorstellungen in der SPD über den künftigen Stellenwert der Grünen in der Parteienlandschaft.

Die eine Annahme zielt darauf ab, dass es der SPD gelingen möge, die neue Partei wieder aus dem politischen Spektrum verschwinden zu lassen. Dies entscheidet sich auf Bundesebene. Die andere Annahme geht davon aus, dass sich die Grünen auf längere Sicht parteipolitisch etabliert haben und eine Kooperation mit ihnen ins Auge gefasst werden muss, um der SPD eine neue Regierungsperspektive zu eröffnen.

Beide Annahmen basieren auf einer Zukunftssicht, die zwangsläufig unsicher ist. Für die SPD-Politik ist es aber nicht entscheidend, welche Annahme über die Zukunft der Grünen jetzt gemacht wird. Denn gleichgültig, ob diese als ein vorübergehender oder als ein bleibender Faktor gesehen werden und gleichgültig, ob die SPD ein Wegdrücken oder eine Koalition mit ihnen anvisiert: Die gegenüber den Grünen einzunehmende parteipolitische, Position muss jeweils dieselbe sein!

Wenn die SPD – auf der Grundlage ihrer Beschlüsse von

Nürnberg und des neuen Grundsatzprogramms – Grüne wieder aus dem Parteienspektrum verdrängen will, muss sie dies einsichtig begründen und die Unhaltbarkeit des Politikverständnisses grosser Teile der neuen Partei herausarbeiten. Will die SPD aber mit ihr einmal regierungspolitisch kooperieren, muss sie durch eine aktive Auseinandersetzung mit den Unhaltbarkeiten bei den Grünen deren Klärungsprozess beschleunigen.

Denn allein dieser Prozess entscheidet darüber, ob die Grünen koalitionsfähig werden. Die SPD muss also den Entscheidungspunkt herbeiführen helfen, ob sich die Grünen spalten oder zu einer reformfähigen politischen Kraft werden. Aus sich heraus werden sie dieser Entscheidung ausweichen, und von aussen können sie nur von der SPD herausgefordert werden.

In der SPD ist unbestritten, dass die Grünen auf Bundesebene noch nicht koalitionsfähig sind. Auf Länder- und kommunaler Ebene sind dagegen differenzierte Betrachtungen notwendig. Das Bundestagswahlergebnis hat die Grünen stärker, aber deswegen noch lange nicht koalitionsfähiger gemacht.

Unverkennbar ist, dass sich deren fundamentalistischer Flügel, der die Beschlüsse des letzten Bundesparteitages durchsetzte und damit der CDU in Niedersachsen in letzter Minute den Zulauf zahlreicher Wähler bescherte, durch das Wahlergebnis bestätigt fühlt. Deshalb bleibt es zweifelhaft, ob diese Partei in absehbarer Zeit den notwendigen Klärungsprozess herbeiführen kann.

So oder so: In jedem Fall ist die offensive Auseinandersetzung der SPD mit den Grünen notwendig. Die SPD darf weder ihren eigenen Weg davon abhängig machen, wie die Grünen sich entwickeln, noch beliebig lange darauf warten, ob ein Klärungsprozess in eine tatsächliche Koalitionsfähigkeit mündet.

Deshalb gibt es keinen triftigen Anlass für irgendeine strategische Vorentscheidung der SPD über ihr künftiges Verhältnis zu den Grünen. Es geht weder um ein Öffnen oder ein Verschliessen der SPD. Die SPD muss die Grünen als parteipolitischen Gegner annehmen und neben den sachlichen auch die ideologischen Differenzen zu und in der Öko-Partei herausarbeiten. Dies gilt nicht nur bis zu dem eventuellen Zeitpunkt, zu dem die Grünen bundesweit koalitionsfähig werden könnten, sondern auch darüber hinaus. Wie schmerzlich die Schonung eines kleinen Partners sein kann, dem bereitwillig eine politische Abstauberrolle zu eigenen Lasten eingeräumt wird, hat die SPD vor 1982 erfahren – und dabei auch, wie sehr die eigene Partei mit ihren Zielen darunter leidet, wenn eine andere Partei zur Durchsetzung innerparteilicher Machtkämpfe instrumentalisiert wird.

Voraussetzung für jede Bestimmung des Verhältnisses zu anderen Parteien ist die eigene Handlungsfähigkeit in Bündnisfragen. Ist diese nicht gegeben und wird nicht in erster Linie daran gearbeitet, fahren andere mit uns schlitten.

Die Sowjetunion auf dem schweren Weg der Reformen

Das Rezept: Wahrheit und Transparenz

Von Leopold Grünwald, Wien

Das politisch interessierte Europa blickt gegenwärtig je nach politischem Standpunkt voller Hoffnung oder voller Skepsis nach Moskau, wo der amtierende Generalsekretär Michael Gorbatschow den Versuch angetreten hat, die Sowjetunion umzugestalten. Wahrheit und Transparenz sind zwei der Hauptmaximen, mit denen Gorbatschow auf Erfolg hofft. Das russische Wort «Glasnost» ist bereits in den internationalen politischen Wortschatz eingegangen. Der Wiener Publizist Leopold Grünwald legt im folgenden Artikel dar, mit welchen Problemen der sowjetische Generalsekretär auf seinem Reformkurs konfrontiert ist.

«Die Umgestaltung geht nur langsam vor sich», hat Gorbatschow auf der jüngsten Tagung des ZK der KPdSU festgestellt. Man könne nur von «ersten Schritten» reden, bis zum «wirklichen Durchbruch» sei noch ein harter Weg. «Es gibt keinen anderen Weg», und um das Ziel zu erreichen, brauche man Demokratie «wie die Luft zum Atmen». So oder ähnlich hat man es auch schon früher gehört. Das Neue ist, dass seine Selbstkritik am «realen Sozialismus» diesmal tieferschürfend war. Sie mündete in der Feststellung, dass die Ursachen der heute so scharf kritisierten Missstände in der UdSSR viel weiter zurückliegen, als bisher zugegeben wurde, nämlich in der Stalin-Ära. Gorbatschow hat